

Aktenvermerk über eine Unterredung mit Generaloberst a. D.
H a l d e r am Sonnabend, den 25. September. 1954

Generaloberst Halder erschien kurz vor 12 Uhr in der Absicht, Herrn Dr. Kluge zu besuchen. Ich begründete dessen Abwesenheit, worauf H. lächelnd eine Bemerkung über das kuriose Einander-Verfehlen machte. Ich hob hervor, wie sehr Herrn Dr. Kluge daran gelegen habe, ihm seine Aufwartung zu machen, er werde nun gewiss wieder seinerseits die nächste Gelegenheit dazu ergreifen.

Unsere anschließende Unterhaltung litt unter Zeitdruck, zumal H. selbst auf seine beschränkte Zeit wiederholt verwies. Auf seine Frage, was wir für besondere Wünsche hätten, musste ich daher die Frage der Herausgabe seines Tagebuchs durch uns ziemlich unvermittelt anschneiden.

Generaloberst H. erwiderte auf meine Anregung, sein Tagebuch werde von den Amerikanern als militärische Beute betrachtet, über die er selbst nicht verfügen könne. Die Amerikaner hätten nach ihrer Auffassung „ein Recht auf dieses Buch“ und hätten ihm das Recht der Auswertung bestritten. Man sei an ihn wegen einer Veröffentlichung schon häufig herangetreten, er habe aber stets erwidern müssen, daß er „kein Copyright“ besitze. Auf meine Gegenfrage, ob er, wenn es uns gelänge die hinsichtlich der Amerikaner bestehende Schwierigkeit zu beseitigen, unserem Plan nahertreten würde, in vollem Einvernehmen mit ihm eine Veröffentlichung zu besorgen, äusserte er sich nicht grundsätzlich abgeneigt. Er erklärte nämlich, ohne Erläuterungen sei sein Tagebuch nicht zu gebrauchen. Es handle sich ja um ein persönliches Notizbuch; er habe zwar bereits während des Krieges sich mit dem Gedanken einer späteren Veröffentlichung getragen, sei aber dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß sozusagen hinter seinem Tagebuch das Tagebuch der Operations-Abteilung und das Tagebuch Fremde Heere Ost stehen würden. Diese beiden Unterlagen seien jedoch leider verschwunden. Bei einer Veröffent-

lichung seines Tagebuches müsse rein Persönliches fortfallen, manches habe auch keinen Wert, dass es erhalten bleibe und veröffentlicht werde. In diesem Zusammenhang warnte G.O. Halder davor, die Notizen des Wehrmachtführungstabes in ihrem Quellenwert zu überschätzen. Sie seien in der Regel eine Reihe von Tagen nach den Ereignissen entstanden; in Wahrheit hätten sich die Dinge oft total anders verhalten.

Überhaupt glaubte uns G.O. Halder vor der Auffassung warnen zu müssen, auf Grund von Dokumenten und schriftlichen Belegen der ns Zeit gerecht werden zu können. Unter den gegebenen Verhältnissen habe jeder gelogen oder verschleiert. Es komme immer auf die Stellung der Persönlichkeiten zueinander an. So habe er, Halder, sich selbst jüngeren Leuten seiner Umgebung gegenüber in seinen Stellungnahmen zurückgehalten. Ich erwiderte ihm darauf, dass wir uns dieser Umstände bewusst seien und daher auf die Befragung überlebender Zeugen besonderes Gewicht legten. Aus diesem Grunde müssten auch wir ihn immer wieder mit Bitten um Auskünfte belästigen. H. wies darauf hin, von wie vielen Seiten er bereits um Auskunft angegangen worden sei und immer noch werde, auch aus dem Ausland (er nannte besonders Holland), und dass er die Erteilung von Auskünften ja nicht zu seinem Hauptberuf machen könne. Übrigens seien wir gewiss noch nicht die Unbescheidensten. Ich bemerkte dazu, dass mich dies beruhige, wir andererseits aber mit Rücksicht auf die uns amtlich übertragene Aufgabe wohl in Zukunft unbescheidener erscheinen könnten. Es liege uns auch daran, bei der Auseinandersetzung mit ausländischen Publikationen, wie etwa der demnächst in deutscher Übersetzung erscheinenden Darstellung von Wheeler Bennett, uns auf sichere Unterlagen stützen zu können. Nachdem H. sich ziemlich abfällig über W.B. als einen bloßen Journalisten geäußert hatte, spielte ich in diesem Zusammenhang noch auf die Arbeit von Kosthorst an, die den grossen Wert von Befragungen maßgebend Beteiligter deutlich beweise. H. stimmte mir sehr lebhaft bei. Kosthorst habe ihn ja auch "ziemlich gemolken", aber es sei ihm von verschiedenen Seiten versichert worden, daß mit

dessen Darstellung endlich einmal Klarheit über eine Reihe von Vorgängen geschaffen und ein wirklicher Fortschritt erzielt worden sei.

Ich ging nun zu einigen konkreten zeitgeschichtlichen Fragen über. Ich versuchte zunächst eine Auskunft von H. zu erhalten, wie die Auffassung der führenden Militärs am und um den 22. August 1939 hinsichtlich einer Lokalisierung des doch wohl als sicher bevorstehend betrachteten Polenkrieges gewesen sei, und warum sich die in der damaligen Lage drohende Entwicklung zu einem allgemeinen Kriege nicht in besorgtem Gedankenaustausch der anwesenden Offiziere untereinander geltend gemacht habe. (Vgl. das Zeugnis der Generale von Sodenstern und Liebmann). H. erwiderte, bei der damaligen Führerbesprechung habe eine eisige Atmosphäre geherrscht, bei der jedes Vertrauen auch untereinander fehlte. Er selbst habe zwar die Auffassung vertreten, dass seine ganze Generalstabsausbildung nichts wert gewesen wäre, wenn es nicht gelänge, die Polen durch Sonne, Mond und Sterne zu jagen. Er sei sich aber bewusst gewesen, dass es bei der Auseinandersetzung mit Polen nicht bleiben werde, sondern dass England und Frankreich sich einmischen würden. Er selbst habe den englischen Botschafter Henderson händeringend gebeten, bei Hitler mit der Faust auf den Tisch zu schlagen. Im Anschluss daran sei er zu seinem Freund Weizsäcker gegangen und habe ihm erklärt, er als Generalstabschef könne dem Engländer nicht gut sagen, dass England seine Home Fleet auslaufen lassen und dass Frankreich mobilisieren solle, nur diese Sprache verstehe Hitler. Brauchitsch sei ebenfalls bei Hitler vorstellig geworden; es sei (auf meinen Einwand mit Rücksicht auf das Zeugnis General Warlimonts) keineswegs richtig, dass Brauchitsch sich darauf beschränkt habe, seine Bedenken an Keitel heranzutragen. Indem H. bemerkte, dass Brauchitsch auch 1938 von seinen, Halders, Putschplänen unterrichtet gewesen sei („es war ja schon auf den Knopf gedrückt worden“), betonte er, bei der Beurteilung der Haltung Brauchitschs dürfe man nicht ausser acht lassen, dass er „dieser Bestie“ (Hitler) selbst und allein gegenübergestanden habe und dass Brauchitsch eben ein aus-

gesprachen feingeistiger Typ und „kein Boxer“ gewesen sei.

Wenn es 1939 zu keiner aktiven Widerstandshandlung gekommen sei, so müsse man berücksichtigen, dass Witzleben nicht mehr in Berlin war, dass er (Halder) mit Hase nichts habe anfangen können und in Berlin eben kein Mensch gewesen sei, auf den er (H.) sich hätte stützen können. Im übrigen habe man im Gegensatz zu 1938 genau gewusst, wo jeder Truppenteil stand. Die Geheimhaltung von Verschiebungen und Planungen bis zum entscheidenden letzten Moment sei nicht mehr möglich gewesen. Ferner habe sich Fromm, wie schon 1938, wiederum ablehnend verhalten. Überhaupt habe München die Opposition „dezimiert“. Freunde hätten ihm gesagt: „Halder, lass die Finger weg, der Kerl hat ja doch immer Glück.“

Beck habe ihm (Halder) im Januar 1940 schwere Vorwürfe gemacht, dass er passiv geblieben sei (er sei ein Schlappschwanz usw.). Er habe darauf erwidert, er sei stets zu einer Aktion bereit, wenn sie einen Sinn habe, er müsse sich auf eine Front stützen können, die aufzustellen Becks Aufgabe sei. Die Frage, ob eine solche Front bestehe, habe Beck verneinen müssen.

Er (Halder) sei sich über Hitler stets im klaren gewesen. Wer Hitler nach dem 30. Juni 1934 noch nicht richtig beurteilt habe, dem sei nicht zu helfen gewesen. Auf meinen Hinweis auf die Haltung des Offizierkorps zur Ermordung Schleichers erwiderte H. lebhaft: „Beck und Fritsch! Das fällt nicht unter meine Verantwortung!“ Bei aller Verehrung, die er seinem früheren Chef und Vorgänger zolle, könne er die Beck-Legende, die Foerster zurechtgemacht habe, nicht teilen..

Von mir auf den häufig von Dr. Seraphim hervorgehobenen Befehl Hitlers vom Dezember 1938 angesprochen, wonach das Heer sich bis 1945 nur den Aufgaben seines organisatorischen Aufbaues und seiner Ausbildung widmen und jede Vorbereitung für einen Kriegsfall, einschliesslich Grenzsicherung, unterlassen sollte, erwiderte G.O. Halder, er habe auf diesen Befehl nie viel gegeben. Bei Hitler habe man immer mit Lug und Trug rechnen müssen. (Der Befehl hat von seiten der Verteidigung

in Nürnberg eine nicht unerhebliche Rolle gespielt, obwohl er als Dokument nicht vorlag. Auf meinen Hinweis hierauf erklärte H., er sei aber bestätigt.)

Bei Erwähnung Brauchitschs erzählte Halder noch, Brauchitsch habe ihm in Nürnberg, kaum dass er ihn begrüsst und ihm die Hand gegeben hatte, sogleich von seinem, Brauchitschs, viel erörterten Artikel im Völkischen Beobachter zum 20. Juli gesprochen. Er habe sichtlich das Bedürfnis empfunden, den Fall aufzuklären, über den Halder, der fast alle Beteiligten des 20. Juli gekannt habe, natürlich empört gewesen sei. Brauchitsch erklärte sein Verhalten damit, dass der (nach Halders Erinnerung) mit Brauchitsch verwandte Haeften (Werner?) mit dem Tod bedroht gewesen sei. Man habe ihm, Br., bedeutet, er könne für Haeften nur dann mit Aussicht auf Erfolg etwas tun, wenn er sich Hitler gegenüber „auf ein entsprechendes Piedestal stellen“ würde (so nach der Wiedergabe Halders).

Beim Herunterbegleiten zum Wagen setzte ich mit Halder, dem ich meinen Artikel mitgab, mein Lieblingsthema „30. Juni“ fort und fragte ihn, welcher SA-Führer ihn einige Tage vorher gebeten habe, ihn in sein (Halders) eigenes Amt einzuweisen, in den Akten wäre der Name des SA-Führers mit „Löck“ angegeben. Ein solcher existiere meines Wissens nicht, ob es sich vielleicht um „Luyken“ gehandelt habe. Halder bemerkte darauf sehr lebhaft, ja, das sei sehr gut möglich. Auf meine Bemerkung, ein wirklicher Putschist gehe im allgemeinen nicht gerade so vor, wie überhaupt ein Putschplan Röhm für den 30. Juni mir höchst unwahrscheinlich erscheine. Halder stimmte mir bei und erwiderte, mich auf die Schulter klopfend: „Ich sage Ihnen, Röhm war ein anständiger Mann!“ Er habe ihn ja gekannt usw. Er habe sicher keinen Putsch beabsichtigt, aber allerdings das Ziel verfolgt, die SA zu der künftigen Wehrmacht zu entwickeln.

Röhm nicht

Schn. v. 7.10.47 (Fot.)

25-24013-6

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Toloh. 3.12.54/4m

25-240/3 - 7

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1792/55

Abschrift!

Franz Halder

(16) Neustadt Krs. Marburg/Lahn
den 7. Oktober 1947

Sehr geehrter Herr Doktor!

Zu Ihrer unter dem 2.10.47 ergangenen Anfrage kann ich Folgendes mitteilen:

- 1.) Das Buch meiner Mitgefantenen in den Lagern Ravensbrück und Dachau, Fräulein Isa Vermehren "Reise durch den letzten Awt" ist mir bekannt.

Die von Ihnen übersandte Abschrift aus dem Text ist nach meiner Erinnerung richtig.

- 2.) Das Gespräch mit Fräulein Isa Vermehren, das bei unserem erntenem Zusammentreffen im April 1945 in Dachau geführt wurde, ist mir erinnerlich. Für den Inhalt des Gesprächs gibt Fräulein Vermehren eine zutreffende Darstellung. Der Wortlaut, in dem sie es tut, stammt von ihr.

- 3.) Was bei diesem Gespräch nur mit wenigen Sätzen erörtert wurde, hat folgende Grundlage:
In der Vorbereitungszeit des Westfeldzuges (Herbst 1939 - Frühjahr 1940) war die Gegensätzlichkeit zwischen der Widerstandsruppe innerhalb der Obersten Kommandobehörden und Hitler aufs Höchste gesteigert. Die Widerstandsruppe wollte einen deutschen Abrück im Westen verhindern, Hitler ihn mit allen Mitteln beschleunigen und rücksichtslos durch führen. Bei seinen Gedanken über die rücksichtslose Durchführung spielte der Einsatz der überlesenen deutschen Luftwaffe gegen französische Städte eine wesentliche Rolle. Er hoffte durch die Schockwirkung den Widerstandswillen des französischen Volkes rascher zu brechen. Er fühlte sich aber behindert durch die Tatsache, dass er selbst noch während des polnischen Feldzuges, in dem unsere Luftwaffe im Osten festsetzt war, öffentlich gegen die Bombardierung offener Städte Stellung genommen und - soweit ich mich erinnere - sogar eine internationale Abmachung über diese Frage angesetzt hatte. Um sich vor dieser Behinderung zu befreien, musste der erste Schritt in dem erbarmungslosen Kampf gegen Frauen und Kinder der Feinde zugeschoben werden. Das konnte nur durch einen zielgerichteten feindlichen Angriff auf eine offene deutsche Stadt geschehen. Dazu erschien Freiburg besonders geeignet, weil durch die Erinnerung an einen damals als besonders hässlich empfundenen französischen Luftangriff im ersten Weltkrieg ein neuerlicher Angriff auf diese Stadt größte propagandistische Resonanz sicher war. Die Lage dieser Stadt an der Grenze bot, wenn die Täuschung nicht gelang, die Möglichkeit, sich auf einen Irrtum hin auszusprechen. Daraus entstand der Entschluss zu einem feindlichen Feldangriff auf die Stadt Freiburg.

Institut

Diese Darstellung ist mir geraume Zeit später durch Admiral Canaris gesehen worden. Ich habe bei meiner Kenntnis der Mentalität Hitlers keinen Grund, an ihr zu zweifeln. Ich erinnere mich auch, dass Hitler bald nach dem Freiburger Bombenwurf in einer öffentlichen Erklärung zum Ausdruck gebracht hat, dass er sich nunmehr an keine Rücksicht gegenüber feindlichen Städten mehr gebunden fühle.

Aus eigener Beobachtung kann ich feststellen, dass unmittelbar nach dem Ereignis aus Kreisen der Luftwaffe selbst zum OKW die vertrauliche Mitteilung kam, die Bomben auf Freiburg seien deutsche Bomben gewesen. Die Frage, ob es sich um einen irrtümlichen Abwurf oder um einen Notabwurf handle oder wie das Fallen deutscher Bomben auf die Stadt Freiburg sonst zu erklären sei, wurde dabei nicht geklärt.

Nach meinem Ausscheiden aus meinem Amt als Chef des Gen.St. des Heeres wurde ich im Jahre 1943 von einem mir persönlich nahe bekannten General der Luftwaffe, der dem Regime des Dritten Reiches mit der inneren Ablehnung des Offiziersalter Schicksal gegenüberstand, auf den Fall Freiburg angesprochen. Er berichtete mir, dass er in seiner damaligen technischen Dienststellung einen Bericht mit der Feststellung, dass es sich in Freiburg um deutsche Bomben gehandelt habe, in der Hand gehabt und diesen Bericht mit der Bitte um Aufklärung nach oben weitergeleitet habe. Eine Aufklärung sei trotz seiner wiederholten Nachfragen nie erfolgt.

Soweit die Tatsachen. Weder Canaris noch der erwähnte General der Luftwaffe weilen heute noch unter den Lebenden. Ich kann meine Gewährleute daher nicht mehr befragen. Wenn man aber heute aus den Nürnberger Dokumenten den Nachweis dafür hat, dass Hitler seiner Umgebung gegenüber die Absicht ausgesprochen hat, nötigenfalls selbst den Auftrag zur Ermordung des deutschen Gesandten in Prag zu geben, um einen Anlass zum Kriege gegen die Tschechei zu haben, so muss es als durchaus glaubwürdig erscheinen, dass er auf eine deutsche Stadt Bomben werfen liess, um den Ersatz seiner überlegenen Bomberwaffe gegen offene feindliche Städte vor der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen. Darüber, dass er in der geistigen Verwirrung dieser Zeit auch in der Wehrmacht (Luftwaffe) Persönlichkeiten finden würde, die in blinder Ergebenheit einen solchen Auftrag ausführen würden, brauchte er sich leider keine Sorgen zu machen. Auch für dieses traurige Kapitel geben die Nürnberger Dokumente erschütternde Beweise.

Ich habe Ihnen, sehr verehrter Herr Doktor, das, was ich aussagen kann, in voller soldatischer Offenheit dargelegt, weil ich die Berechtigung Ihres Amtes zu dieser Anfrage anerkennen muss. Ich lege damit die Verantwortung für den Gebrauch des Gesagten auf Ihre Schultern. Ich tue es in dem Vertrauen, das ich aus Ihrem Brief schöpfe, dass davon "kein publizistischer oder sonst unpassender Gebrauch gemacht wird".

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener
Gen. Franz Halder

2 //
Handwritten notes and scribbles on the left margin, including a large '2 //', a signature 'Franz Halder', and other illegible markings.

Institut für...
Large blue watermark text on the bottom left corner.

Sohn v. M. 10. 47 (Fol.)

ZS 24013 - 3

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Foloh. 3.12.54/56

ZS-240/3-10

Abschrift.

Franz H a l d e r .

(16) Neustadt Krs.Marburg/Lahn
-Steinbel-

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1772/55

den 27. Oktober 1947

2

An Herrn

Archivdirektor Dr. H e f e l e

Vorstand des Stadtarchivs Freiburg/Breisgau

F r e i b u r g / B r e i s g a u .

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ihr eingeschriebener Brief vom 24.10. ist am 28.10. in meine Hand gekommen. Ich beehre mich, ihn wie folgt zu beantworten:

Der Brief des Herrn Dr. Zwölfer mit dem Kopfsatz "Stadtarchiv Freiburg im Breisgau" vom 2.10.1947 ist am 4.10. bei mir eingegangen. Eine politische Tendenz habe ich aus dem Schreiben nicht herausgeföhlt, wohl aber Zweifel an der richtigen Wiedergabe meines Gespräches mit Isa Vermeeren in deren Buch und das Bestreben, Klarheit zu gewinnen. Dieses Bestreben erschien mir von Seiten des Stadtarchivs berechtigt und ich habe daher, sobald es mir bei meiner Überlastung mit dienstlichen Aufgaben möglich war, den Brief beantwortet. Die Antwort ist hier am 7.10. abends in den Briefkasten des Lagers eingelegt worden. Der Brief war adressiert an Herrn Dr. Th. Wölfer, Stadtarchiv Freiburg/Breisgau, Turmstr. 14. Die Verstümmelung des Namens ist dadurch entstanden, dass die handschriftliche Unterschrift, welcher der jetzt übliche Zusatz des Namens in Typendruck fehlte, falsch gelesen wurde.

Ich lege eine Abschrift meines Briefes an Herrn Dr. Zwölfer bei und darf annehmen, dass Sie darin die von Ihnen gewünschte Auskunft finden. Ich stelle ausdrücklich fest,

1. dass es sich bei dieser Niederschrift um einen subjektiven

Beitrag

10000

- Beitrag zur Klärung der geschichtlichen Wahrheit handelt.
2. Ich habe Fräulein Isa Vernehen nicht autorisiert, von dem im KZ Dachau zwischen ihr und mir geführten Gespräch publizistischen Gebrauch zu machen. Ich stehe aber selbstverständlich für das ein, was ich gesagt habe.
3. Dieser Brief ist ebenso wie der an Herrn Dr. Zwölfer gerichtete eine persönliche Auskunft gegenüber einer mir zur Anfrage berechtigt erscheinenden Dienststelle. Sie erfolgt unter der von Herrn Dr. Zwölfer ausdrücklich gegebenen Zusicherung, dass davon kein publizistischer oder sonst unpassender Gebrauch gemacht wird.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener

gez. Franz Halder.

Schr. Hejelle v. 7.12.47
(Folien)

25-240/3-12

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Königliche Hof- und Staatsbibliothek
Bayern München

Fotok. aus 7.4.55/2
Freiburg i.Br., den 7.12.47
Talstraße 68
25-24013 - 13

Hochgeachteter Herr Generaloberrichter!



Ich fühle mich im Gewissen verpflichtet, Ihnen eine
rein persönliche, unparteiliche Erklärung abzugeben.

Sie haben wohl durch die Presse Kenntnis erhalten
von der auf Veranlassung der Landesregierung und der
Stadtverwaltung durch die Badische Staatskanzlei von
öffentlichem Verleumdung. Für den Fall, dass dies nicht
zutrifft, lege ich den Inhalt der Badischen Zeitung bei,
der allen weiteren Pressestimmen zugrunde liegt. Ich er-
kläre Ihnen ehrenwörtlich, dass diese Veröffentlichung ge-
gen meinen Willen und zu meiner völligen Überraschung,
ja Bestürzung erfolgt ist. Meine Absicht war es, Ihre Tätigkeit
vom 7. 11. 47 als Bestandteil einer Stoffsammlung für eine
künftige Forschung im Stadtarchiv aufzubewahren, so wie
das Stadtarchiv auch bereits Material für die Frage ge-
sammelt hat, wie es zu dem großen Kriegsvorstoß auf Frei-
burg am 27. 11. 46 gekommen ist. Leider wurde ich durch
das dienstwidrige Verhalten Dr. Zwölfer genötigt, den
Briefwechsel der Stadtverwaltung vorzulegen. Dabei er-
klärte ich als selbstverständlich voraus, dass Ihr ausdrücklicher
Wunsch, es möge von Ihren Mitteilungen kein publizistischer
Gebrauch gemacht werden, respektiert würde. Ich würde dies
halb annehmen, dass die Verleumdung der Staatskanzlei
erst nach einer Rückfrage bei Ihnen mit Ihrem Wissen er-
folgt ist.

Ich habe Grund, zum Schluss nochmals zu betonen, dass
diese Erklärung rein persönlicher Natur ist und keinerlei
dienstlichen Charakter hat.

In ausgereicherter Hochachtung

Ihr ergebener

Dr. Friedrich Heffele

Archivdirektor

Herrn Generaloberrichter
Franz Kaldes
Neustadt b. Harburg/Lahn
- Straßburg -

Freiburg i. Br., den 7. 12. 47

Talstraße 68

25-24013-14

Hochgeachteter Herr Generaloberrichter!

Ich fühle mich im gewissen Sinne verpflichtet, Ihnen eine rein persönliche, außerdienstliche Erklärung abzugeben.

Sie haben wohl durch die Presse Kenntnis erhalten von der auf Veranlassung der Landesregierung und der Stadtverwaltung durch die Badische Staatskanzlei veröffentlichten Verleumdung. Für den Fall, daß dies nicht zutrifft, lege ich den Inhalt der Badischen Zeitung bei, der allen weiteren Pressestimmen zugrunde liegt. Ich erkläre Ihnen ehrenwörtlich, daß diese Veröffentlichung gegen meinen Willen und zu meiner völligen Überraschung, ja Bestürzung erfolgt ist. Meine Absicht war es, diesen Brief vom 7. 10. 47 als Bestandteil einer Stoffsammlung für eine künftige Forschung im Stadtarchiv aufzubewahren, so wie das Stadtarchiv auch bereits Material für die Frage gesammelt hat, wie es zu dem großen Kriegsvorwurf auf Freiburg am 27. 11. 46 gekommen ist. Leider wurde ich durch das dienstwidrige Verhalten Dr. Zwölfers gezwungen, den Briefwechsel der Stadtverwaltung vorzulegen. Dabei bitte ich als selbstverständliches voraus, daß Ihr ausdrücklicher Wunsch, es möge von Ihren Mitteilungen kein publizistischer Gebrauch gemacht werden, respektiert würde. Ich möchte deshalb annehmen, daß die Verleumdung der Staatskanzlei erst nach einer Rückfrage bei Ihnen mit Ihrem Willen erfolgt ist.

Ich habe Grund, zum Schluß nochmals zu betonen, daß diese Erklärung rein persönlicher Natur ist und keinerlei dienstlichen Charakter hat.

In ausgedehnter Hochachtung

Ihr ergebener

Dr. Friedrich Heffels
Archivdirektor

Herrn Generaloberrichter
Franz Kalden
Nienstadt b. Karlsruhe
- Straßburg

00011

Sohn, Kufele v. 9.1.48
(Folde)

25-24013-15

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Fotok. 7.4.55/ye

25-24013-96

Dr. Friedrich Hehle

(176) Freiburg i. Br., den 9. Januar 1948
Talstrasse 68

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1772/55

Hochgeehrter Herr Generaloberst!

Für Ihren ausführlichen Brief vom 31. Dezember, den ich am 5. Januar erhielt, bin ich Ihnen sehr dankbar. Es ist mir eine grosse Genugtuung und Beruhigung, dass wir in unseren Ansichten durchweg übereinstimmen.

Um eine Berichtigung im Sinne Ihres Briefes zu erwirken, begab ich mich in die Staatskanzlei, von der die Veröffentlichung in der Badischen Zeitung ausging. Ich hatte ein längeres Gespräch mit dem Vorstand der Staatskanzlei, Herrn Clemens von Brentano, weiland Botschaftsrat im Auswärtigen Amt, den ich seit Jahren kenne. Leider hatte ich keinen Erfolg. Die Staatskanzlei ist nicht geneigt, etwas zu berichtigen; man will in dieser Sache keinen Rückzieher machen. Ich gewann den Eindruck, dass man aufgrund Ihres Briefes vom 7.10.47, der von der Stadtverwaltung dem Staatspräsidenten vorgelegt worden war, in der Sache völlig sicher zu sein glaubte und von Staats wegen sich zu der Veröffentlichung verpflichtet fühlte. Auf meinen betonten Hinweis auf die damit Ihnen gegenüber begangene Indiskretion wurde mir lediglich entgegnet, dass ja Ihr Name als Gewährsmann absichtlich nicht genannt worden sei. Mir selbst sind durch eine allgemeine Verfügung des Oberbürgermeisters die Hände gebunden, sodass ich leider nichts unternehmen kann. So muss ich es Ihnen anheimstellen, eine entsprechende Erklärung an Denz abzugeben. Wenn man in der Staatskanzlei den begangenen Fehler nicht einsieht und sich nicht belehren lässt, darf man sich über eine Erklärung von Ihrer Seite, mit der sie nur Ihr gutes Recht wahren, nicht wundern. Wenn in Ihrer Erklärung mit einfließen kann, dass das Stadtarchiv seinerseits gewillt war, von Ihren Mitteilungen keinen publizistischen oder sonst unpassenden Gebrauch zu machen, so kann dies dem Stadtarchiv nur erwünscht sein. Sie würden damit nichts verraten, was Sie nicht schon aus dem ersten amtlichen Schreiben des Stadtarchivs wussten, wogegen unsere spätere Korrespondenz, wie auch dieser Brief, persönlichen Charakter hat.

Von den in Ihrem Brief erwähnten Äusserungen und beeidigten Aussagen verschiedener Kommandeure der ehemaligen deutschen Luftwaffe ist mir nichts bekannt geworden ausser den in Abschrift mitfolgenden, wohl von der hiesigen Staatskanzlei herührenden Pressenotizen. Dem Inhalt des Briefes von Dr. Krummacker, für dessen Mitteilung ich Ihnen besonders Danke, stehe ich doch skeptisch gegenüber, es müsste darüber Herr de Kerillis eidlich vernommen werden. Ein mit mir befreundeter hiesiger Univ. Professor (Historiker) will versuchen, eine Verbindung mit General Koller, dem ehemaligen Chef des Stabes der Luftflotte Sperle, herzustellen, um von dorther etwas Authentisches zu erfahren, vorausgesetzt natürlich, dass die Luftwaffe überhaupt etwas mit der Sache zu tun gehabt hat. Ich selbst habe vielleicht die Möglichkeit, in der mir zugänglichen schweizerischen Presse festzustellen, welches Echo der Fliegerangriff auf Freiburg vom 10.5.1940 im Ausland gefunden

Herrn Generaloberst
Franz H a l d e r
(18) Neustadt Krs. Marburg/Dahn
-Steinbel-

hat.

00013

hat. Die grossen schweizerischen Blätter wie die Neue Zürcher Zeitung pflegten ja auch die Berichte der Alliierten zu bringen. Ein guter Kenner der schweizerischen Zeitungen glaubt mir allerdings schon aus seiner Erinnerung versichern zu können, dass von alliierter Seite zu unserem Fliegerangriff damals nichts verlautet sei. Dagegen erklärte mir kürzlich ein hiesiger französischer Offizier, dass im Rundfunk ein Angriff alliierter Flieger auf Freiburg verneint worden sei. Dasselbe hat ein hiesiger Politiker in unserem sozialdemokratischen Blatt «Das Volk» behauptet. Dennoch wundert es sich noch heute, dass die Alliierten der gewaltigen Propaganda, die von deutscher Seite mit dem Fliegerangriff auf Freiburg betrieben wurde, nicht entsprechend entgegengetreten sind. Ich selbst war bis zu Ihrem Brief vom 7.10.47 der Meinung, es sei ein Vergeltungsangriff gewesen für den als Tatsache feststehenden Angriff deutscher Flieger auf Kolmar am Morgen desselben Tages, wobei auch dort das Bahnhofsgebiet getroffen wurde.

Wenn Sie Ihrem Anerbieten gemäss mir sachliches Material zu der Frage, falls Ihnen solches zur Hand kommt, zusenden und ausserdem die Güte haben wollen, mich über Ihre Erklärung auf dem Laufenden zu halten, bin ich Ihnen sehr verbunden. Ihre freundlichen Neujährswünsche erwidere ich aufrichtig und von Herzen. Ich stelle mir vor, dass Sie an das neue Jahr Ihre ganz besonderen Wünsche haben. Mögen Sie in Erfüllung gehen, möge insbesondere Ihre Gesundheit standhalten!

In ausgezeichnetster Hochachtung

Ihr ergebenster

Friedrich Kefele

NBq XII Prot. 2040 f

35-24013-18

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-24013-19
Nbq XII Prot 2040 f.

Vernichtung des GO Halbes Wirts
von Leitenden des Auslägeren

James Mc Haney am 15. 4. 1898.

F: Und wurden Sie nicht ueber den Zweckunterricht, fuer den Himmler und Heydrich diese 150 polnischen Uniformen vom OKH haben wollten ?

A: Nein.

F: Und Gannaris hat das nur beilaeufig erwaeht, Ihnen gegenueber erwaeht, dass Himmler und Heydrich gesagt hatten: Ich wuensche 150 polnische Uniformen mit Zubehoer fuer Oberschlesien. Er sagte Ihnen nur das, und nur das ist Ihnen bekannt ?

A: Er hatte es mir gesagt, weil er sie beschaffen musste und den Verdacht hatte, dass damit etwas gemacht wird, was den Heer vielleicht von Interesse sein koennte, und hat mich gewarnt, hier ist etwas im Gange.

F: Sie hatten also den Verdacht, dass es sich um einen dieser Scheingrenzzwischenfacelle handeln koennte, nicht wahr, Herr Zeuge ?

A: Ja.

F: Herr Zeuge, tatsaechlich wissen Sie doch gut darueber Bescheid, dass die Fuehrer Deutschlands irgendeine falsche und dauerftige Entschuldigung vorbrachten, um einen propagandistischen Grund fuer diese Kriege zu haben. Sie wussten doch z.B. dass in "Fall Gruen" in der Tschechoslowakei vorgeschlagen wurde, den deutschen Botschafter in Prag zu ermorden, damit man es so hinstellen koennte, als ob tschechische Terroristen das getan haetten. Das wussten Sie doch ?

A: Das habe ich in Wuernberg; aus dem Tagebuch Jedls erfahren.

F: Ich glaube, dass Sie vielleicht etwas wissen ueber einen anderen... Sie sagten, dass Sie diesen Plan nicht kannten, naemlich diesen Vorschlag, den deutschen Botschafter in Prag waehrend des Krieges damals zu ermorden. Sie erfuhren das erst hier in Wuernberg ?

A: Das habe ich erst hier erfahren.

F: Erst hier in Wuernberg ?

A: In Wuernberg aus dem Tagebuch Jedls.

Vielleicht sagen Sie dem Gericht etwas ueber den deutschen Bombenangriff auf die Deutsche Stadt Freiburg, der, vor dem Angriff auf die Niederlande, mit deutschen Flugzeugen erfolgte, die mit franzoesischen Echtheitszeichen getarnt waren.

A: Das weis ich, da Canaris mir gesagt hat, dass es deutsche Flugzeuge gewesen seien. Von französischen Hoheitszeichen habe ich hier zum ersten Mal.

F: Sagen Sie uns nun, was Sie ueber diesen Angriff auf Freiburg wissen, wann er stattfand, ob Menschen dabei getoetet wurden, und zwar deutsche, ob deutsche Flugzeuge und deutsche Flieger dabei eingesetzt wurden und was der Zweck dieses Scheinangriffs war ?

A: Nach dem, was mir Canaris mitgeteilt hat, war der Zweck der, im Kampf gegen offene Staedte sich freie Hand zu verschaffen dadurch, dass ein feindlicher Angriff auf eine offene deutsche Stadt dargestellt wurde.

F: Und wann fand dieser Angriff statt, Herr Zeuge ?

A: Soviel ich weisse an dem Tag, an dem das Heer im Westen angetreten ist, am 10. Mai 1940.

F: Und wurden Deutsche bei diesem Angriff getoetet ?

A: Durch eine Bombe in der Stadt sind Verluste eingetreten.

F: Weizsaecker hat Ihnen auch etwas ueber diesen Angriff berichtet ? Nicht wahr ?

A: Nein, das ist mir nicht bekannt.

F: Es ist doch entsetzlich, wenn man Deutsche absichtlich durch die deutsche Luftwaffe toetet, um einen Angriff zu rechtfertigen, nicht wahr ?

A: Ich bitte, hier ausdruuecklich feststellen zu duerfen, dass das Wort "Deutsche Luftwaffe" von mir nie gebraucht worden ist, es ist auch von Canaris nicht gebraucht worden. Sondern es handelt sich um den Einsatz von deutschen Flugzeugen - nach der Darstellung von Canaris, - nicht der Luftwaffe. Das hat nie jemand behauptet, Auch Canaris nicht.

H.R. McLENNY: Hoher Gerichtshof, ich gehe nunmehr auf ein anderes Thema ueber. Waere es recht, wenn wir jetzt die Pause einlegen ?

VORSETZENDER: Der Gerichtshof wird eine Pause von 15 Minuten einlegen.

(Einschaltung einer Pause von 15 Minuten).

00015

25-24013 -22 Nbg XII Bot. 2107 ff.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Nbg XII Prot 2107 ff. 25-240/3-23

Vermahnung des Ge. Halder durch
den Verteidiger Dr. Laternier am
16. 4. 48.

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1772/55

16. April-M-LW-3-Hausladen-Frey
Militärgerichtshof Nr. V, Fall XII

der Wehrmacht fuer die operativen Befehle gebraucht worden, waehrend in Sprachgebrauch des Heeres, also im Bereich des Oberkommandos des Heeres, das Wort Weisung in dem eben von mir erläuterten Sinne gebraucht wurde.

F: Was bedeutete also, wenn der Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe Weisungen erteilen konnte in Bezug auf die Ausuebung der vollziehenden Gewalt, Ich meine, in welcher Hinsicht hatte es Bedeutung, und warum war es so geregelt?

A: Es hatte Bedeutung in Bezug auf das Anwendungsgebiet der vollziehenden Gewalt, auf die aus operativen Gruenden die Heeresgruppe Wort legen musste.

F: Sie sagten aus operativen Gruenden?

A: Ja, dafuer war die Heeresgruppe da, und es war so, - auf Ihre zweite Frage antwortend - geregelt, weil der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe als Vertreter der operativen Fuehrung nicht belastet werden sollte mit der Anwendung der Mittel der vollziehenden Gewalt im einzelnen und mit der Verantwortung dafuer.

F: Nun eine letzte Frage zu diesem Punkt:

Bedeutete nun dieses dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe gegebene Weisungsrecht eine Einschaltung in der Ausuebung der vollziehenden Gewalt?

A: Nein, es sollte gerade das Gegenteil bedeuten.

F: Das genuegt mir nun zu diesem Punkt.

Sie wurden in dem Kreuzverhoer befragt ueber den Bombenangriff auf Freiburg. Dazu habe ich einige wenige Fragen. Ist damals eine Untersuchung von militaerischer Seite auch eingeleitet worden?

A: Ich weiss, dass auf Befehl Goerings eine sehr weitreichende kriegsgerichtliche Untersuchung stattgefunden hat.

F: Was wurde bei dieser Untersuchung festgestellt?

A: Die Einzelheiten kenne ich nicht; ich weiss nur von Kameraden der Luftwaffe, dass eine wirkliche Klarheit in der Angelegenheit durch diese kriegsgerichtliche Untersuchung nicht gewonnen wurde.

F: Wurde festgestellt bei dieser Untersuchung, dass oder ob dieser

00016

16. April-11-17-4-Frey
Militärgerichtshof Nr. 9, Fall XII

Bombenwurf auf Freiburg von Flugzeugen der deutschen Luftwaffe durchgeführt
sucht worden war?

A: Nein, das ist nicht festgestellt worden. Ich darf aber noch ein-
mal wiederholen: Ich habe auch nie gehört, dass es behauptet wurde.

F: Herr Generaloberst, von wem bezogen Sie die Kenntnis über diesen
Vorfall?

A: Im wesentlichen aus den Mitteilungen, die mir erheblich später
Admiral Genaris gemacht hat.

F: Herr Generaloberst, Sie waren zu jener Zeit Generalstabs-Chef
des deutschen Heeres.

A: Ja.

F: Haben Sie zu jener Zeit etwas davon gehört, dass es vielleicht
irgendeine besonders verwerfliche Änderung von höchster Stelle aus ge-
wesen sein könnte?

A: Nein, darüber habe ich damals nichts gehört, aber unmittel-
bar nach dem Angriff kamen Mitteilungen aus dem Oberkommando der Luft-
waffe auf dem Wege der Gespräche von Offizieren, dass diese Freiburger
Angelegenheit etwas absolut Rätselhaftes und Ungeläutertes sei, von
dem man nicht wusste, was man damit machen soll.

F: Wer war damals Befehlshaber des Fliegerkorps, das überhaupt
hätte in Frage kommen können?

A: Über die Einteilung der fliegenden Generale der Luftwaffe
bin ich begreiflicherweise nicht genau orientiert. Gesprächsweise
habe ich gehört, dass ein General namens Kamhuber damals der Luft-
waffen-Kommandeur gewesen sei, zu dessen Bereich Freiburg gehörte.

F: Haben Sie mal Gelegenheit gehabt, mit diesem General Kam-
huber über diese Frage zu sprechen?

A: Ich habe Gelegenheit gehabt im Lager Neustadt.

F: Und was sagte er Ihnen?

A: Er hat mir gesagt, dass eine kriegsgerichtliche Untersuchung
stattgefunden habe, ohne dass eine restlose Klärung des Falles eingetro-

00017

16. April-M-III-5-Frey
 Militärgerichtshof Nr. V, Fall XII

ten sei, dass aber ein Vorband oder überhaupt ein Flugzeug der Luftwaffe - der deutschen Luftwaffe - unmöglich in Frage kommen konnte, noch viel weniger die Ausführung eines solchen Befehls von oben durch einen Angehörigen der Luftwaffe.

F: Das genügt zu diesem Punkt.

Man eine Frage bezueglich des Einmarsches im Sudetenland, ueber den Sie gestern so ausfuehrlich gefragt worden sind. Wann wurde in das Sudetenland einmarschiert?

A: Einmarschiert wurde nach Abschluss der politischen Besprechungen in Muenchen, ich glaube am 2. oder 3. Oktober. Ich weiss das Datum nicht mehr genau.

F: Aber jedenfalls nach Abschluss des Muencher Abkommens?

A: Ja.

F: Hat damals nach Ihren Feststellungen irgendein hoher militaerischer Fuehrer auf dem Standpunkt gestanden, dass es sich bei diesem Einmarsch um eine aggressive militaerische Handlung handle?

A: Nein, das koennte er auch nicht; das war das Besetzen eines Gebietes, dessen Besitzwechsel durch eine internationale Vereinbarung geregelt war.

F: Nun eine letzte Frage, Sie sind gestern befragt worden ueber verschiedene sogenannte Ruecktritte. Welche Art von Gruenden konnten von militaerischen Fuehrern aus fuer ihren Ruecktritt Hoeher geltend gemacht werden?

A: Mit Aussicht auf Erfolg konnten zwei Gruende geltend gemacht werden: Der eine auf operativem Gebiet etwa in der Form, dass man sich der uebertragenen Aufgabe nicht gewachsen fuehle, der andere auf gesundheitlichem Gebiet.

F: Was erging dann spaeter oder wann - ich weiss es nicht - ueber die Moeglichkeit des Ruecktritts fuer militaerische Fuehrer?

A: Eine Mitteilung ueber die Gruende des Zuruecktretens ist nicht erfolgt an die Armee, und in der Oeffentlichkeit wurden die Gruende des

Schw. v. 22. 4. 48
(Fotok.)

25-240/3-27

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Halber

Franz Halber

(16) Neustadt Krs. Marburg/L
-Steimbel-
den 22. April 1948

Sehr geehrter Herr von Brentano!

Ihr Schreiben vom 10.3.48 (Badische Staatskanzlei Nr.2039.) betreffend "Fliegerangriff auf Freiburg" am 10.5.40 ist mit einem formellen Zuleitungsschreiben des Office of Chief of Counsel for War Crimes vom 7.4. (Poststempel 9.4.48) ohne Anlage in Neustadt angekommen, während ich mich als Zeuge bei den Nürnberger Verhandlungen in Nürnberg befand. Ich habe Ihr Schreiben daher erst nach meiner Rückkehr am Abend des 20.4. in die Hand bekommen. Durch diese ausserhalb meines Einflusses liegende Verzögerung erklärt sich die Verspätung meiner Antwort, die ich bedaure, ohne sie verschuldet zu haben.

Für Ihre ausführlichen Darlegungen bitte ich Sie, meinen besten Dank entgegenzunehmen. Die Gründe, die den Herrn Staatspräsidenten zu dem Entschluss geführt haben, die Öffentlichkeit von dem Inhalt meines Briefes an den Herrn Archivdirektor Freiburg i.B. zu unterrichten, verstehe ich natürlich durchaus. Die klare Erkenntnis der Mittel und Methoden, mit denen das hinter uns liegende Regime den guten Glauben vieler Deutscher missbraucht hat, ist sicherlich das beste Mittel, um die leider noch vielfach vorhandenen geistigen und seelischen Verbindungen zu dieser Zeit zu lösen. Gerade deshalb aber scheint es mir besonders wichtig, sich nur auf solche Tatsachen zu stützen, die auch einer kritisch, vielleicht sogar ablehnend gegenüberstehenden Öffentlichkeit historisch einwandfrei bewiesen werden können. Hierin liegt im Falle Freiburg die Schwierigkeit. Aus meinem Brief an den Herrn Archivdirektor Dr. Hefele vom 27. Oktober 47, dem ich die Abschrift meines Briefes an Dr. Zwölfer vom 7. Oktober beigelegt habe, geht einwandfrei hervor, was ich persönlich in der Freiburger Frage für richtig

halte und auf welche Quellen ich mich bei meiner Auffassung stütze. Zu diesen Quellen kommt auch noch die persönliche Kenntnis Hitlers, dem ich ja mindestens 1000 Stunden meines Lebens Auge in Auge im Kampf gegenübergestanden bin. Trotzdem bleibt meine Anschauung und Überzeugung eine subjektive. Das habe ich in dem erwähnten Brief an Herrn Archivdirektor Dr. Hefele vom 27.10.47 zum Ausdruck gebracht mit den Worten: "Ich stelle ausdrücklich fest, dass es sich bei dieser Niederschrift um einen subjektiven Beitrag zur Klärung der geschichtlichen Wahrheit handelt." (Die Unterstreichung entspricht der des Originals). An dieser Auffassung muss ich auch fernhin festhalten. Ich fühle mich nicht berufen und berechtigt, ein Urteil über die wirkliche geschichtliche Wahrheit zu fällen. Aus meinem gelegentlichen Briefwechsel mit Herrn Archivdirektor Dr. Hefele über den Fortschritt der Forschungen glaube ich vielmehr annehmen zu dürfen, dass noch eine erhebliche Reihe von Fragen zu klären sind, bis man der geschichtlichen Wahrheit nahegekommen sein wird. Ich halte das für umso wichtiger, als offensichtlich weite Teile der Bevölkerung aus den verschiedensten Gründen heraus abgeneigt sind, einer Behauptung Glauben zu schenken, die nicht einwandfrei bewiesen werden kann. Ein wesentlicher Grund scheint mir nach zahlreichen Briefen, die ich in der Angelegenheit bekommen habe, - teilweise sehr unfreundlicher Art - , der zu sein, dass die mit der ehemaligen Luftwaffe in Verbindung stehenden Kreise deren Ehre angetastet sehen und sich daher mehr oder minder leidenschaftlich zur Wehr setzen. Die Tatsache, dass weder mein Gespräch mit Fräulein Vermehren, noch mein Brief an den Herrn Archivdirektor Freiburg der deutschen Luftwaffe eine Schuld zuschiebt, sondern dass nur von deutschen "Flugzeugen" gesprochen wird, wird dabei übersehen. Der vermeintliche Angriff auf die deutsche Luftwaffe war denn auch die Veranlassung zu Verwehungen, die von damals örtlich zuständigen Pflieger-

Kommandeuren an die deutsche Presse ergangen sind. Abschriften habe ich Herrn Archivdirektor Dr. Hefele zugeleitet. Diese fanatisch für die Ehre ihrer Waffe eintretenden Kreise können nur beruhigt werden durch eine historisch einwandfreie Beweisführung. Eine solche scheint mir aber meine Aussage allein nicht darzustellen.

Dem Wunsch des Herrn Staatspräsidenten, "in geeigneter Form die Öffentlichkeit in Kenntnis zu setzen", dass die Veröffentlichung der Badischen Staatsregierung aufgrund meines Briefes erfolgt ist, komme ich gern entgegen. Ich bitte dabei aber ausdrücklich zu betonen, was ich in meinem Brief vom 27. Oktober 1947 an Herrn Archivdirektor Dr. Hefele hervorgehoben habe, nämlich

dass es sich bei meiner Wiederschrift um einen subjektiven Beitrag zur Klärung der geschichtlichen Wahrheit gehandelt hat und dass mein Brief auf die dienstliche Anfrage des Stadtarchivs Freiburg i. B. hin geschrieben wurde als eine Auskunft gegenüber einer zu einer solchen Anfrage amtlich berechtigten Stelle.

Ferner wäre ich dankbar, wenn hervorgehoben würde, dass mein Brief nur von deutschen Flugzeugen, nicht von ^{der} deutschen Luftwaffe spricht. Sollte es in Ihrer Absicht liegen, den Brief wörtlich zu zitieren, so wäre ich Ihnen dankbar, wenn der ^{vorletzte und} letzte Satz des vorletzten Briefabsatzes von der Veröffentlichung ausgeschlossen bliebe, weil dieser Absatz sich lediglich an den ersten Briefschreiber, Herrn Dr. Zwölfer, und seine deutlich fühlbaren Zweifel wendet, also persönlichen Charakter hat.

In der Hoffnung, den Wünschen des Herrn Staatspräsidenten damit gerecht zu werden, bin ich, sehr geehrter Herr von Brentano, mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung
Ihr sehr ergebener

Franz Halder
(Franz Halder)

Sch. v. 22. 4. 48
(Fotok.)

25-240B-31

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

J. H. H. H.

Franz Halder

(16) Neustadt K-s, Marburg/L
-Steinbel
den 22.4.48

Herrn Archivdirektor

Dr. H e f e l e

Vorstand des Stadtarchivs Freiburg i. B.

F r e i b u r g i. B r e i s g a u

Sehr geehrter Herr Doktor!

Bei meiner Wückkehr von einem 14tägigen Aufenthalt in Wurnberg fand ich einen längeren Brief der Badischen Staatskanzlei, unterzeichnet von Herrn von Brantano (Nr. 2039 vom 10.3.48) vor, der sich mit dem Fliegerangriff auf Freiburg am 10. Mai beschäftigt. Darin werden die Gründe erörtert, die den Herrn Staatspräsidenten zur Überzeugung gebracht haben, dass einwandfrei feststeht, dass der Luftangriff auf Befehl Hitlers durch deutsche Flugzeuge durchgeführt worden sei. Es wird ferner ausgeführt, dass die Badische Staatsregierung es für nötig halte, angesichts der in der Öffentlichkeit auftretenden Zweifel sich darauf zu berufen, dass die Veröffentlichung aufgrund meines Briefes erfolgt sei.

Nachdem wir in dieser Angelegenheit bisher in Verbindung geblieben sind, halte ich es für richtig, Sie von dieser Tatsache zu unterrichten. Es geschieht mit Gedanken stillen Dankes an diejenigen Kräfte, die bemüht waren, die nicht ganz sichtig gelaufene Angelegenheit wieder ins Geleise zu bringen.

Nachdem nun einmal die Öffentlichkeit sich mit der Angelegenheit befasst hat und nachdem der Wunsch des Herrn Staatspräsidenten, die Angelegenheit vor der Öffentlichkeit zu klären ohne Zweifel berechtigt ist, hebe ich natürlich dem Wunsche, mich als Gewährmann zu nennen, nachgegeben. Dies ist aber nur in der Formgeschehen, dass ich die seinerzeit in meinem

Brief vom 27. Oktober 1947 gemachten Vorbehalte der Ziffern 1 und 3 betonte und noch einmal hervorhob, dass nicht von der deutschen Luftwaffe sondern von deutschen Flugzeugen die Rede war. Abschrift meines Briefes an Herrn von Brentano lege zur Ihrer Unterrichtung bei.

Ich kann und will der Badischen Staatskanzlei keine Vorschläge über die Behandlung der Angelegenheit Freiburg machen. Ob der mir angedeutete Weg, durch den Generalstaatsanwalt eine "Untersuchung" gegen Unbekannt durchzuführen, die beste Lösung ist, mag dahingestellt bleiben. Ich könnte mir denken, dass es mehr verspricht, der Öffentlichkeit einen Bericht über den Stand der Ermittlungen zu geben. Er würde sicher grosses Interesse finden und durch Stimmen aus dem Publikum neue Wege zur Klärung der historischen Wahrheit zeigen. Da eine solche Berichterstattung zweifellos in Ihrem Amtsbereich fällt, möchte ich diese Anregung wenigstens Ihnen gegenüber aussprechen. Dabei möchte ich einer Aussage Erwähnung tun, die nach dem Brief des Herrn von Brentano von einer früheren Angestellten des Luftfahrtministeriums stammt. Danach soll die von mir erwähnte Tatsache in Kreisen des Luftfahrtministeriums seit langem bekannt gewesen sein und sollen die Flieger, die den Befehl ausführen mussten, später erschossen worden sein. Ich höre das zum ersten Mal. Die Tatsache, dass "Geheimnisträger" gewaltsam beseitigt wurden, ist im Dritten Reich öfter festgestellt und bei der Geisteshaltung der Verantwortlichen nicht verwunderlich. Rein gefühlsmässig halte ich daher diese Aussage keineswegs für unglaubwürdig.

Für den Fall Freiburg ist vielleicht auch von Interesse, dass ich in Nürnberg er Zeugenstuhl auch über diese Sache befragt wurde und mir gegenüber dabei behauptet wurde, die Freiburger Flugzeuge seien mit französischen Azeichen geflogen. Wieder eine neue Variante, die beweist, wie notwendig eine Darlegung der bisher gewonnenen Klärung gegenüber der Öffentlichkeit ist.

Mit den besten Grüßen bin ich
Ihr sehr ergebener

Jean Talon